

Wirksame Politik gegen den Terror

Pflicht zum Schutz der Bürger

Der Selbstmordanschlag von Stockholm hat erneut deutlich gemacht: Unsere Sicherheit ist ein verletzliches Gut. Mehr und mehr Menschen stimmen daher mit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag überein: Die EU-Richtlinie, die Anti-Terrorismus-Fahndern unersetzbare Mittel erlaubt, muss auch in Deutschland umgesetzt werden.

Weltweit bemühen sich Politiker, aus dem Terroranschlag vom vergangenen Samstag in Stockholm die richtigen Schlüsse zu ziehen. Zwar forderte die Attacke nur ein Menschenleben – das des Terroristen. Das ist jedoch nicht das Ergebnis einer gelungenen Sicherheitspolitik; vielmehr ist das Ausbleiben der gewollten Katastrophe auf eine Reihe glücklicher Fügungen zurückzuführen. Auch die unionsgeführte Bundesregierung nimmt die Vorkommnisse daher besonders ernst. Die Bundeskanzlerin und die zuständigen Minister wissen um ihre Verantwortung – immerhin haben sie alle geschworen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und Schaden von ihm zu wenden.

Das oppositionelle Linksbündnis dagegen schweigt weitgehend zum Terroranschlag von Stockholm. Das überrascht vor allem angesichts der harschen Sprache, die die Innenpolitiker der Grünen in dieser Sache noch kürzlich gewählt hatten. So warf der Alt-68er Ströbele dem Bundesinnenminister Mitte November vor, aus politischen Gründen vor Anschlägen in Deutschland gewarnt zu haben. Der Bundesinnenminister, so die krude Argumentation der Grünen, übertreibe die Terrorgefahr, um neue Sicherheitsgesetze durchzusetzen. Die damaligen Klarstellungen der Koalition – niemand habe ein Interesse an solcher Panikmache, es gehe um die Vorsorge gegen eine reale Bedrohung – wurden nun auf bedauernswert klare Weise von der Realität bestätigt.

Verantwortung für die Bürger

Die christlich-liberale Koalition lehnt es ab, sich einzig darauf zu verlassen, dass Anschläge misslingen wie in Stockholm. Sie will vielmehr bestehende Schutzlücken schließen. Schon vor den Anschlägen hatte sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag für die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten stark gemacht (Brief aus Berlin vom 26. November 2010). Auch früher, so die Argumentation der Christsozialen, speicherten Telekommunikationsunternehmen Daten über jede hergestellte Verbindung. In Zeiten von Flatrate und Prepaid ist eine solche Speicherung zu Abrechnungszwecken nicht mehr nötig – das Fehlen solcher Daten schränkt Terrorfahnder jedoch in ihrer Arbeit entscheidend ein. Bei Gefahr in Verzug oder nach einem Anschlag können die Komplizen eines enttarnten Terroristen nicht mehr ermittelt werden. Daher schrieb die EU den Unternehmen eine Speicherpflicht von sechs Monaten vor; auch das Bundesverfassungsgericht hat diese Richtlinie ausdrücklich bestätigt.

Auch die Regeln zur Visa-Vergabe beeinflussen die Sicherheitslage in Deutschland und Europa. Aus Sicht der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag beginnt der Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität in den deutschen Konsulaten auf der ganzen Welt. Sie fordert daher, den Konsulaten die Informationen verfügbar zu machen, die sie brauchen, um die Einreise von Terroristen und Kriminellen verhindern zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

FDP-Generalsekretär Christian Lindner hat in diesen Tagen im Zusammenhang mit der Integrationspolitik die These aufgestellt, der Bezug auf ein christlich-jüdisches Abendland könne als Ausgrenzung verstanden werden.



Ich meine, wer den Bezug auf das christlich-jüdische Abendland als Ausgrenzungsformel schmählt, leugnet eine europäische Tradition von 1600 Jahren und legt die Axt an die Basis der Menschenrechte.

Artikel 1 des Grundgesetzes stellt klar: „Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Dieser königliche Artikel ist nicht vom Himmel gefallen. Er gründet auf der Erkenntnis, dass etwas vorgegeben ist, das in der Bibel mit Namen genannt wird. Die Grundregeln unseres Zusammenlebens sind Ordnung aus geborgter Kraft oder wie es Bundesverfassungsrichter Böckenförde formuliert hat: „Die freiheitlichen Ordnungen können die Voraussetzungen nicht schaffen, die ihren Bestand gewährleisten.“

Der freiheitliche Staat kann sich deshalb nicht neutral gegenüber den Fundamenten seiner eigenen Ordnung verhalten. Ein politischer Forderungskatalog wie Leistungsprinzip oder Weltoffenheit kann daher niemals christlich-jüdische Werte als Fundament unseres Zusammenlebens ersetzen. Eine gezielte Geringschätzung der Fundamente unseres Zusammenlebens führt nicht zu mehr Orientierung, sondern zu Desintegration und mehr.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen guten Start in ein gesundes Neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Feuerwehrführerschein

Koalition stärkt Ehrenamt

Die christlich-liberale Koalition hat wichtige Vereinfachungen für ehrenamtlich Tätige auf den Weg gebracht. Der sogenannte Feuerwehrführerschein berechtigt künftig auch zur Führung von Fahrzeugen mit einem Gewicht von bis zu 7,5 Tonnen. Auch der Kreis der Träger dieses Führerscheins soll erweitert werden.

Der unermüdliche Einsatz der christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten zahlt sich für alle aus, die ehrenamtlich bei Rettungsdiensten und im Katastrophenschutz tätig sind: Der sogenannte Feuerwehrführerschein soll nicht länger nur für Fahrzeuge mit einem Höchstgewicht von 4,75 Tonnen gelten, sondern künftig zur Führung von Kraftwagen bis 7,5 Tonnen berechtigen. Diesen Führerschein erhalten bisher ehrenamtliche Angehörige der Feuerwehr, anerkannter Rettungsdienste und technischer Hilfsdienste. Tausende Helfer – und durch sie ungezählte Unfallopfer – profitierten von diesem Weg, die Geltung des eigenen LKW-Führerscheins unbürokratisch auf Großfahrzeuge zu erweitern. Voraussetzung dafür ist lediglich, dass der Kandidat seit zwei Jahren in Besitz eines Führerscheins der Klasse B ist,

von Kollegen in die Führung eines Großfahrzeugs eingewiesen wurde und eine entsprechende Prüfung besteht. Der Feuerwehrführerschein macht somit den aufwändigen Besuch von Fahrschulen überflüssig – eine echte Erleichterung für das Ehrenamt. Der Feuerwehrführerschein geht auf eine Initiative der CSU im Deutschen Bundestag und der Bayerischen Staatsregierung zurück.

Nun, da sich der Feuerwehrführerschein in der Praxis bewährt hat, ermöglicht die christlich-liberale Koalition weitere Vereinfachungen für Ehrenamtliche. Diese Erweiterung war vor allem vor dem Hintergrund des technischen Fortschritts notwendig geworden: Verbesserungen am Fahrzeugbestand der Einsatzkräfte sorgten dafür, dass die bisherige Gewichts-Obergrenze zu niedrig

wurde. Außerdem wurde im Dialog zwischen der Politik und den betroffenen Verbänden deutlich, wie wichtig die Benutzung von Anhängern bei Einsätzen ist. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer legte daraufhin einen Entwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vor, der diese Entwicklungen berücksichtigt. Am Mittwoch verabschiedete das Bundeskabinett diesen Entwurf. Somit ist zu erwarten, dass die wichtigen Gesetzesänderungen bereits im Sommer 2011 in Kraft treten werden. Dann wird die Geltung des Feuerwehrführerscheins nicht nur auf Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von 7,5 Tonnen sowie Anhängerkombinationen erweitert; auch Angehörige der sonstiger Einheiten des Katastrophenschutzes sind künftig berechtigt, die Vorteile zu nutzen, die der Feuerwehrführerschein bietet.

Diese Woche

Wirksame Politik gegen den Terror Pflicht zum Schutz der Bürger	1
Feuerwehrführerschein Koalition stärkt Ehrenamt	2
60 Jahre Charta der Vertriebenen Der historischen Wahrheit verpflichtet	2
Interessen Deutschlands und Europas im Einklang Klare Kriterien für einen stabilen Euro	3
Wehrpflicht wird ausgesetzt Bundeswehr für Zukunft gerüstet	4
Klimaschutz Einigung auf wichtige Ziele	4
Klare Sprache Jahn überzeugt	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

60 Jahre Charta der Vertriebenen

Der historischen Wahrheit verpflichtet

Der Bundestag stärkt die historische Aufarbeitung der Vertreibungen am Ende des Zweiten Weltkriegs. In einem entsprechenden Antrag fordern die Parlamentarier „die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst“ und eine stärkere Einbindung von Zeitzeugen in die historische Forschung.

Als die Charta der deutschen Heimatvertriebenen 1950 verabschiedet wurde, steckte der Deutsche Bundestag noch in den Kinderschuhen. Mittlerweile schreibt das Hohe Haus seit 61 Jahren Geschichte – und die Charta feierte in diesem Jahr einen runden Geburtstag. Für die Parlamentarier von Union und FDP ein Anlass, um die Bundesregierung in ihrer Vertriebenenpolitik zu bestärken und gleichzeitig einige neue Akzente zu setzen. Auch CSU-Abgeordnete, darunter etliche Vertreter der jungen Parlamentarier-Generation, hatten sich für den Antrag stark gemacht.

Der Deutsche Bundestag forderte die Regierung auf, die Versöhnung Deutschlands mit den östlichen Nachbarn und mit sich selbst zu unterstützen. Auch die Förderung

der historischen Forschung liegt der christlich-liberalen Koalition am Herzen. So könnten aus ihrer Sicht Interviews mit Zeitzeugen zur Schließung von Forschungslücken beitragen. Um die Auseinandersetzung der jüngeren Generation mit diesem wichtigen Themenfeld zu stärken, fordern CDU, CSU und FDP einen Ausbau der entsprechenden Nachwuchsförderung.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist ein einmaliges Dokument der Versöhnung. Mit ihr distanzieren sich die Vertriebenen klar von allen Rache- und Vergeltungsabsichten. Außerdem unterstreicht die in der Charta angelegte Selbstverpflichtung zur Schaffung eines „freien und geeinten Europas“ die Pionierarbeit der Vertriebenen für die europäische Einigung.

Interessen Deutschlands und Europas im Einklang

Klare Kriterien für einen stabilen Euro

Von der deutschen Kultur der Währungsstabilität profitiert ganz Europa. Die Gemeinschaftswährung hat sich in der Krise bewährt und Europa vor dem Schlimmsten bewahrt. Daher ließ Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag keinen Zweifel an ihrem Einsatz für einen starken Euro.

Dass die Bundeskanzlerin den Deutschen Bundestag im Vorfeld eines wichtigen Gipfels der EU in Form einer Regierungserklärung informiert, ist nicht ungewöhnlich; vielmehr entspricht ein solches Vorgehen den parlamentarischen Gepflogenheiten. Doch am Mittwoch tat Dr. Angela Merkel mehr als das. Einen Tag vor ihrer Abreise nach Brüssel nannte die Bundeskanzlerin neun Bedingungen für die Schaffung eines Krisenmechanismus zur langfristigen Stabilisierung des Euros. Dabei pochte sie auf das Prinzip der Einstimmigkeit, das einen deutschen Einspruch garantiert, falls andere Staaten auf eine Verletzung der Stabilitätskultur abzielen. Frau Merkel machte sich auch dafür stark, die Unterstützung eines krisengeschüttelten Euro-Staates nur dann zuzulassen, wenn dessen Schuldentragfähigkeit objektiv festgestellt worden sei. Die Bundeskanzlerin plädierte außerdem dafür, gegebenenfalls auch private Gläubiger in die Pflicht zu nehmen. Mit diesem Schritt soll sichergestellt werden, dass Investoren nicht von den hohen Risikoaufschlägen bei Staatsanleihen betroffener Länder profitieren, ohne auch ein Stück Verantwortung zu übernehmen.

Die oppositionellen Sozialdemokraten versteiften sich dagegen auf ihre Forderung nach Euro-Bonds. CDU, CSU und FDP lehnen gemeinsame Staatsanleihen der Euro-Staaten ab, da sie zwangsläufig zu einer Minderung der nationalen Haushaltsdisziplinen führen würden. Die zunehmend nervöse Opposition versuchte die Widersprüchlichkeit ihrer Argumentation durch Störmanöver zu überdecken; Redner der Koalitionsfraktionen wurden fortlaufend unterbrochen.

Ruhe im Block des oppositionellen Linksbündnisses kehrte jedoch ein, als Dr. Hans-Peter Friedrich, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, an die Versäumnisse von Rot und Grün erinnerte: „Es irritiert mich sehr, dass die

Einführung von Euro-Bonds plötzlich sowohl von Seiten der SPD als auch von Seiten der Grünen gefordert wird. Das gibt mir eine Vorstellung davon, wie das Klima damals in der rot-grünen Koalition war, als man – ohne mit der Wimper zu zucken – den Stabilitätspakt aufgeweicht und der Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone zugestimmt hat“.

Ebenso wie die Bundeskanzlerin wies auch Friedrich darauf hin, wie sehr Europa von seiner Gemeinschaftswährung und ihrer Stabilität profitierte und auch weiterhin profitiert: „Unser Euro hat in den letzten Jahren für Stabilität in Europa gesorgt. Übrigens haben weltweit inzwischen über 40 Länder ihre Währung an den Euro angebunden. Wir sind auch stolz darauf, dass das deutsche Modell einer unabhängigen Zentralbank auf europäischer Ebene seinen Niederschlag gefunden hat.“

Tatsächlich profitieren Europa und die Welt vom klaren Kurs Deutschlands, der eine Aufweichung der Währungsstabilität verhindert.

In ihren Redebeiträgen blickten Frau Merkel und Friedrich somit auf ein Jahr zurück, in dem Europa den Euro unter großen Kraftanstrengungen vor Angriffen der Finanzmärkte schützen musste, der stabile Euro den Kontinent aber gleichzeitig vor dem Schlimmsten bewahrte. Dazu Friedrich: „Die Menschen in Deutschland und in ganz Europa haben sich gewünscht, dass sie einen Euro bekommen, der so stark ist wie die D-Mark. Der Euro ist heute stärker als die D-Mark.“ Damit dies so bleibe, wünschte er der Bundeskanzlerin viel Erfolg bei den Verhandlungen in Brüssel, so der Vorsitzende der Christsozialen im Bundestag unter anhaltendem Applaus der Abgeordneten von CDU, CSU und FDP.

+++ Blick nach links +++ Blick nach links +++

Grüne und Sozis...

Im Bundestag suchen Rot, Rot und Grün den Schulterchluss und bilden ein oppositionelles Linksbündnis. Doch was solche linke Verbrüderungen wert sind, sticht in der Hauptstadt oft nur wenige Schritte außerhalb des Reichstagsgebäudes besonders scharf ins Auge – wenn sich Sozis, Grüne und Neokommunisten in der Berliner Landespolitik nämlich fast bis aufs Messer bekämpfen. So etwa vor wenigen Tagen im Berliner Ensemble, nicht einmal einen Kilometer Luftlinie vom Reichstag entfernt: Renate Künast, Möchtegern-Bürgermeisterin, packte aus. Es ging um die rot-rote Bildungspolitik, die in der Tat die Zukunft des Bundeslandes in unverantwortlicher Weise gefährdet: „SPD und Linke sind da total unterbelichtet. In Berlin ist das Kind schon in den Brunnen gefallen, wenn es in die Schule kommt“. Franz Josef Strauß hätte es nicht treffender formulieren können.

...durchgeknallt

Kein Konzept, keine Wähler, kein Ausweg: So steht die SPD derzeit da. Kein Niveau, kein Niveau, kein Niveau: Durch eine solche Politik will sie von den ersten drei Problemen ablenken. Einzig vor diesem Hintergrund ist die schamlose Aussage von Ober-Sozi Gabriel zu verstehen, der die jüngste Afghanistan-Reise des Bundesverteidigungsministers mit seiner Gossensprache versuchte in den Dreck zu ziehen. Gabriel hatte die Tatsache, dass Stephanie zu Guttenberg auf eigene Kosten mit ins Kriegsgebiet gereist war, um der Truppe den Rücken zu stärken, mit der Aussage kommentiert, „Frau Katzenberger fehlte noch beim Guttenberg-Besuch, dann hätten wenigstens die Soldaten noch was.“ Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe sagte dazu alles Nötige: „Es beleidigt unsere Soldatinnen und Soldaten, dass Herr Gabriel seine offensichtliche Primitivphantasie auf sie überträgt.“

Wehrpflicht wird ausgesetzt

Bundeswehr für Zukunft gerüstet

Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr steigt. Am Mittwoch verabschiedete das Bundeskabinett ein Konzept zur Modernisierung der Truppe, das gleichzeitig die Aussetzung der Wehrpflicht beinhaltet. Auch künftig setzt die Bundeswehr auf Freiwillige. Dem Zivildienst folgt unterdessen der neue Bundesfreiwilligendienst.

Die allgemeine Wehrpflicht wird ausgesetzt. Das Kabinett stellte sich am Mittwoch einstimmig hinter einen entsprechenden Vorschlag Dr. Karl-Theodor zu Guttenbergs. Der Verteidigungsminister hatte in den vergangenen Monaten ein umfassendes Konzept zur Modernisierung der Streitkräfte ausgearbeitet. Im Zuge der Reform wird auch die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr erhöht. Derzeit stoßen die Streitkräfte aufgrund der Tatsache, dass sich rund 7.000 Soldaten im Auslandseinsatz befinden, an ihre Kapazitätsgrenze. Guttenberg zielt dagegen darauf, dass künftig mindestens 10.000 Frauen und Männer in dauerhaften Missionen eingesetzt werden können. Die Gesamtstärke der Truppe wird gleichzeitig auf bis zu 185.000 Mann reduziert. Dazu sollen auch künftig

Freiwillige zählen. Mit dem freiwilligen Wehrdienst, der zwölf bis 23 Monate dauern wird, bietet der Verteidigungsminister jungen Menschen auch weiterhin die Möglichkeit, die Bundeswehr eine Zeitlang kennenzulernen und gleichzeitig einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten.

Auch für den Zivildienst hat die christlich-liberale Koalition ein überzeugendes Nachfolgekonzept entwickelt. Im neu zu schaffenden Bundesfreiwilligendienst werden sich Menschen aller Generationen zwischen sechs und 24 Monate lang engagieren können – junge Menschen in Vollzeit, ältere Freiwillige ab 20 Stunden pro Woche. Damit setzt die unionsgeführte Bundesregierung ein klares Zeichen für bürgerliches Engagement.

Klimaschutz

Einigung auf wichtige Ziele

Die Klimakonferenz von Cancún war ein hart errungener Erfolg für das Weltklima und die Staatengemeinschaft. In Mexiko führte Sacharbeit an schrittweisen Erfolgen weiter als Schaufensterpolitik für die Presse.

Auf der Klimakonferenz von Cancún wurde das sogenannte Zwei-Grad-Ziel erstmals von der gesamten Weltgemeinschaft offiziell anerkannt. Dieses Ziel besagt, dass sich die globale Durchschnittstemperatur nicht um mehr als zwei Grad Celsius erhöhen darf. Klimaexperten sagen voraus, dass ein Anstieg, der über dieses Maß hinausgeht, zu irreparablen Schäden unserer Ökosysteme führen würde. Zudem hat sich die Weltklimakonferenz nach intensiven Verhandlungen auf ein Paket mit konkreten Maßnahmen geeinigt, die sicherstellen sollen, dass dieses Ziel auch erreicht wird. Die dabei getroffenen Entscheidungen sind ein Meilenstein auf dem Weg zu einem weltweiten Klimaabkommen. Bestandteile dieses Pakets sind Maßnahmen zur Minderung des

CO₂-Ausstoßes in Industrie- und Entwicklungsländern und die Errichtung eines globalen Klimafonds. Hinzu kommen unter anderem Verabredungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, zum Waldschutz und zur Technologiekoooperation. Der Überprüfung der Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels dient ein ebenfalls in Cancún verabredetes Verfahren. Die Industrieländer haben außerdem zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren. Durch den Erfolg dieser Konferenz hat die Staatengemeinschaft ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auch wenn die Lösung der Klimaproblematik weitere Anstrengungen erfordert, war Cancún ein wichtiger Meilenstein.

Klare Sprache

Jahn überzeugt

Der designierte Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes erweist sich als idealer Kandidat. Roland Jahn wäre der erste Stasi-Häftling in diesem Amt.

CDU und CSU stehen einhellig hinter der Nominierung von Roland Jahn zum neuen Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde. Der Bürgerrechtler und Journalist stellte sich am Dienstagnachmittag in einem ausführlichen Gespräch der Unionsbundestagsfraktion vor. Dabei überzeugte Jahn, den die unionsgeführte Bundesregierung für dieses Amt vorgeschlagen hatte, durch die Klarheit seines Urteils über die DDR. Jahn stammt selbst aus Jena und kämpfte bereits als Student gegen das Unrechtsregime in Ostdeutschland. Der heute 57-Jährige wurde mehrfach inhaftiert und schließlich 1983 ausgebürgert.

Die Abgeordneten von CDU und CSU zeigten sich beeindruckt von Jahns Biographie. Der Bürgerrechtler wäre der erste Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, der selbst in der DDR in Haft saß. Vor dem Hintergrund seiner überzeugenden Persönlichkeit rechnet man mit einer breiten Bundestagsmehrheit für seine Ernennung. Beobachter gehen jedoch auch davon aus, dass sich die Neokommunisten in der Fraktion der Linkspartei keinesfalls zu einer Zustimmung zu dieser Personalwahl durchringen werden können. Dafür ist Roland Jahn in seinem Urteil viel zu klar. So sprach er sich etwa deutlich dafür aus, auch weiterhin die vollständigen Namen von Verbrechern in den Reihen der Stasi öffentlich zu machen: „Täter haben einen Namen“, so Jahn.

Darüber hinaus wollte sich der Nominierte noch nicht zu seinem Programm als künftiger Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde äußern. Nachdem er mehr als sein halbes Leben in einer Diktatur verbringen musste, sei sein Respekt vor dem Deutschen Bundestag als freiem Parlament zu groß, um seine Entscheidung als ausgemacht anzunehmen. Die Wahl Jahns durch den Deutschen Bundestag wird für das nächste Frühjahr erwartet.